

Protokolleintrag vom 14.04.2010

2010/183

Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.04.2010:

1. Mai, Verhinderung gewalttätiger Ausschreitungen

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

1. Mai - Aktivitäten dürfen nicht bewilligt werden:

Zuhauf gewaltschürende Vorzeichen des 1. Mai: Eine RAF-Ausstellung zur Verherrlichung der Gewalt im Kanzleischulhaus, das offizielle Motto der 1. Mai - Kundgebung heisst "Verlieren wir die Beherrschung", ein 1. Mai - Plakat, auf welchem Handgranaten und Totenköpfe zu sehen sind, ein 1. Mai - Komitee, welches sich ausdrücklich nicht an polizeiliche Bewilligungen bezüglich Schlusskundgebung und Fest halten will, ein stellvertretender Polizeivorsteher, welcher nichts Besseres weiss, als auf schlechtes Wetter zu hoffen... Die bevorstehenden Aktivitäten in Zusammenhang mit dem diesjährigen 1. Mai stehen unter äusserst schlechten Vorzeichen. Krawalle, Sachbeschädigungen und Randalen sind vorprogrammiert. Mit den wirklichen Problemen der Arbeiterschaft haben weder der Slogan noch das Plakat irgendetwas gemeinsam. Anstatt zu schauen, dass die 1. Mai - Aktivitäten möglichst friedlich über die Bühne gehen, schürt das 1. Mai - Komitee die Gewalt richtiggehend. Somit haben die Veranstalter sämtliche Sympathien verspielt. Die Verantwortung hierfür tragen sie selber.

Einer Veranstaltung unter solchen Vorzeichen darf seitens der Stadt unter keinen Umständen eine Bewilligung erteilt werden. Die SVP fordert den Stadtrat auf, im Sinne der Sicherheit in unserer Stadt und zugunsten der Bevölkerung und den Gewerbetreibenden in den Kreisen 1, 4 und 5 sämtliche 1. Mai - Aktivitäten zu verbieten. Jedem anderen Veranstalter würde eine Bewilligung in einer solchen Konstellation verweigert. Bereits im vergangenen Jahr hielten sich die Festbetreiber nicht an die polizeilichen Vorgaben. Somit haben diese jegliche Chancen verspielt.

Hält sich irgendjemand nicht an eine polizeiliche Bewilligung, wird dieser unmissverständlich verzeigt. Zudem schreitet die Polizei ein. Gleiches muss auch am 1. Mai gelten. Illegale Demonstrationen sind bereits im Keime zu ersticken. Personen, welche sich nicht an gesetzliche Anordnungen halten, sind zu verzeigen. Wer sich renitent oder gewalttätig verhält, ist umgehend zu verhaften. Die Politik des Duldens und des Zusehens ist gescheitert.

Das hoffen auf schlechtes Wetter ist eine fatale Polizeitaktik. Vielmehr muss im Voraus alles unternommen werden, damit Krawalle und Sachbeschädigungen verhindert werden können. So muss beim Kanton und in benachbarten Städten um personelle und materielle Hilfe ersucht werden. Die Kosten für den Polizeieinsatz ist dem 1. Mai - Komitee vollumfänglich anzulasten.